

Veranstaltung der DKP Hessen in Zusammenarbeit mit der DKP-Betriebsgruppe Metall in Hanau.

Gewerkschafts- und Betriebsarbeit in der Krise – Eine kritische Bestandsaufnahme

- Ursachen und Auswirkungen der Krise
- Soziale Folgen der Krise
- Machtverlust der Gewerkschaften und die Defizite ihrer Strategie
- Interessensvertretung und politischer Kampf

Referent: Frank Deppe

Ort: Reinhardskirche in Hanau Kesselstadt

Termin: 30.10.10 von 10:00 bis 15:00 Uhr

➔ **Anmeldung unter: info@dkp-hessen.de**

.....
Ich möchte mehr Informationen zur DKP

Ich möchte Informationen über die UZ

Ich möchte Informationen über die Marxistischen Blätter

Ich möchte die Kommunalpolitischen Forderungen der DKP

Name Vorname

Straße (PLZ) Wohnort

e-Mail: _____



Jetzt Widerstand organisieren!

Gegen das unsoziale Streichpaket der Bundesregierung haben die Gewerkschaften entschiedenen Widerstand angekündigt. Vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer: „Niemand sollte unseren Zorn über die soziale Schiefelage dieser Politik und unsere Entschlossenheit diesen falschen Weg zu korrigieren, unterschätzen“, bis hin zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, der auf dem DGB-Kongress im Mai betonte, „Wir sind Teil des Protests, ganz ausdrücklich, wir sind nicht dafür da, die Spekulanten zu schützen“, haben fast alle Einzelgewerkschaften zum Protest aufgerufen. Unter der Überschrift „Gerecht geht anders“ will jetzt ver.di den Protest in Betriebe und Verwaltungen tragen.

„Wir müssen den Druck aufbauen und steigern. Und wir werden den Beschäftigten, ihren Familien und Nachbarn deutlich machen, welche Folgen die schwarz-gelbe Politik konkret für sie hat“, betonte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Deshalb will ver.di bei vielfältigen dezentralen Informationsveranstaltungen, in Betriebs- und Personalversammlungen sowie in Aktionen in allen Regionen gegen das sogenannte Sparpaket der Regierung mobilisieren. Dies ist umso wichtiger, weil mit diesem ersten „Sparpaket“ überwiegend den sozial Schwachen das letzte Geld aus den Taschen gezogen wird und die Beschäftigten in den Großbetrieben, die Facharbeiter – die im Großen und Ganzen bisher verschont blieben –, werden mit Sicherheit in der nächsten Runde zur Kasse gebeten.

Die Wut wächst. 40 000 Menschen demonstrierten im Juni in Stuttgart und Berlin. 85 000 Schüler, Lehrer und Studenten beteiligten sich am Bildungsstreik. 6 000 junge Auszubildende und Berufsanfänger und junge Leiharbeiter in Baden-Württemberg demonstrierten für ihre Übernahme, gute Ausbildung und faire Löhne. 14 000 Bürger demonstrierten in Kiel, Lübeck und anderswo gegen den geplanten Sozialabbau der Bundes- und Landesregierungen.

Für einen Heißen Herbst!

Widerstand ist notwendig! **Kolleginnen und Kollegen, beteiligen euch an den Aktionen der Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Bewegung** wie z.B.:

- Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 29. September in Brüssel *
- Banken-Blockade in Frankfurt a.M. am 18.10.2010
- Aktionen des DGB und der Einzelgewerkschaften im Rahmen des „Heißen Herbstes“ 2010 (Aktionswoche vom 24.10. bis 13.11.2010) *

* Nähere Informationen bei den Einzelgewerkschaften bzw. dem DGB oder eurem Betriebs-/Personalrat erfragen.

Aus dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes zur Demo am 29.09.10 in Brüssel

Nehmen Sie an der Euro-Demo in Brüssel oder an einer der verschiedenen Veranstaltungen auf nationaler Ebene teil!

Weil Europa durch die Sparmaßnahmen eine Rezession und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit droht

Die Finanzkrise hat Europa in die schlimmste Lage seit den 1930er Jahren gestürzt. 23 Millionen Arbeitsuchende in Europa, Millionen von europäischen Bürgern sind betroffen, leiden unter unsicheren Arbeitsverhältnissen und fast überall nehmen die sozialen Spannungen zu.

Die einzige Antwort der europäischen Regierungen angesichts dieser Situation sind Sparmaßnahmen, die sich jedoch negativ auf den sozialen Zusammenhalt und das Wachstum auswirken werden.

Diese Krise haben nicht wir zu verantworten, die Rechnung muss von den Banken bezahlt werden und nicht von den Arbeitnehmern

Wir sind gegen:

- ▶ Sparmaßnahmen in Europa, Einschnitte bei Gehältern und Renten
- ▶ Prekarisierung und Arbeitslosigkeit jüngerer und älterer Menschen
- ▶ Deregulierung des Arbeitsrechts und sozialen Rückschritt
- ▶ Armut und soziale Ausgrenzung
- ▶ Zunahme der sozialen Ungleichheiten

Wir fordern:

- ▶ Zugang zu hochwertigen und sicheren Arbeitsplätzen und zu Ausbildung für alle
- ▶ Garantie einer existenzsichernden Entlohnung
- ▶ starken Sozialschutz als Garant für sozialen Zusammenhalt und Solidarität
- ▶ Wahrung der Kaufkraft
- ▶ Sicherstellung einer optimalen Rentenversorgung
- ▶ allgemein zugängliche hochwertige öffentliche und soziale Dienstleistungen

Alternativen der DKP zum Sozialkahlchlagsprogramm der Bundesregierung

Bei der aktuellen Politik der Bundesregierung geht es um eine radikale Umverteilung zu Lasten der Bevölkerung zum Vorteil für das Großkapital, von Banken und Großkonzernen.

Die DKP ist für Einsparungen und für den Umbau – aber zu Lasten der 800 000 Millionäre und Milliardäre! Die DKP ist für die Umverteilung des Reichtums zugunsten der Beschäftigten, Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner, der Jugend, des Handwerks und des Mittelstandes. Dazu stellt die DKP in einem 8 Punkte-Programm u.a. folgende Forderungen:



Der Mensch geht vor Profit!

- Umverteilung der Lasten der Krise auf Großkonzerne und Großbanken, auf Millionäre und Milliardäre, durch Wiedereinführung der Vermögensteuer und stärkere Besteuerung großer Erbschaften, höhere Spitzensteuersätze bei Einkommens- und Körperschaftssteuer sowie eine Kapitalverkehrssteuer. Selbst das Steuersystem aus der Zeit Helmut Kohls brächte heute jährlich 100 Milliarden Euro mehr. Erhöhung der Massenkaukraft vor allem durch höhere Löhne, Gehälter und Renten, mehr Arbeitslosengeld, einen Mindestlohn von 10 Euro und Erhöhung des ALG II (Hartz IV) auf 500 Euro sowie ein höheres Bafög. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. (Grundgesetz: Die BRD ist ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat!)
- Weitgehende Eingriffe in die Eigentumsrechte von Großkonzernen und Großbanken. Eine Überführung der privaten Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle ist vor dem Hintergrund jüngster Erfahrungen in der Krise zwingend. Durchgesetzt werden muss eine qualifizierte Mitbestimmung der Belegschaften, Gewerkschaften, von Vertretern aus der Bevölkerung, z. B. aus Sozialorganisationen und Bewegungen. Die Mitbestimmung muss über Arbeitsplätze, Produktionsstätten, die Produktion selbst und die Verwendung der erwirtschafteten Gewinne wirksam entscheiden. (Grundgesetz: Sozialpflichtigkeit des Eigentums)
- Der Ausbau der Sozialsysteme im Interesse der Bevölkerung muss Vorrang haben. In der Sozialversicherung fordern wir die Herausbildung einer öffentlich kontrollierten mitbestimmten Bürgerversicherung. (Grundgesetz: Die Bundesrepublik ist ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat)